

Ein Zeitbild: Kriegsende und politischer Neubeginn in Kitzingen Das Parteiwesen in den Akten der Militärregierung (1945–1947)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt nun schon 60 Jahre zurück. Im folgenden wird mit einigen Skizzen aus dem Festvortrag zum 50. Gründungsjubiläum der CSU Kitzingen am 28. Januar 1996 in der Alten Synagoge an die harte Zeit des Zusammenbruchs und Neubeginns in Kitzingen erinnert. Dafür wurden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München die Akten der Militärregierung ausgewertet; Bestände des Stadtarchivs Kitzingen und eigenes Erleben der Verfasserin boten weitere Quellen¹⁾. – Im Anhang finden sich ausgewählte Auszüge aus Berichten der Militärregierung, die ein verlässliches Bild vom Beginn des demokratischen Parteiwesens in Kitzingen geben.

Wie konnte es geschehen, dass im Angesicht des Zusammenbrechens aller Fronten der Erste Bürgermeister dieser Stadt zum Jahresende 1944 vor dem Stadtrat folgende Grußadresse aussprach, wie sie sich gewiss tausendfach in allen deutschen Gemeinden wiederholte? Im Ratsprotokoll vom 22. 12. 1944 lesen wir:

„Am Schluss der Beratung wünscht der 1. Bm. den Ratsherren und ihren Familien ein fröhliches Weihnachtsfest. Außerdem sprach er ihnen noch für das Jahr 1945 seine besten Wünsche aus. Er fügte hinzu, dass das Jahr 1945 recht glücklich für uns alle, für den Führer und für unser Deutsches Reich werden möge. Vor allem möge uns das Jahr 1945 den endgültigen Sieg unserer Waffen bescheren.“

Die Alliierten waren nicht aufzuhalten. Am 5. April 1945 marschierten die Amerikaner in Kitzingen ein und hissten ihre Flagge, die „Stars and Stripes“, unter der Dachhaube des Falterturms.

Die Beschlagnahmung von Kasernen, Häusern, ja ganzen Straßenzügen war eine der er-

sten Maßnahmen der Besatzungstruppen. Die Wohnungen sollten innerhalb von 15 Minuten geräumt werden, man durfte nur Bettzeug und Kleidung mitnehmen. Uhren und Kameras mussten zuvor den Besatzern abgeliefert werden, so verlangte es in der Richthofenstraße ein deutsch sprechender Armeeangehöriger auf einem offenen Jeep mit einem Megaphon, und das wird sich ähnlich überall abgespielt haben.

„Chocolate“ war das erste englische Wort, das wir Kinder lernten, denn die GI's hatten Mitleid mit Kindern und warfen ihnen hin und wieder ein Stück Süßigkeiten zu. Unsere frühere Nachbarin hatte ein englisches Wörterbuch. Zusammen mit meiner Mutter ging sie mutig in die von Soldaten besetzten Wohnungen. Die beiden Frauen deuteten mit den Worten „for baby“ auf dieses und jenes und kamen stets mit vollen Händen zurück.

Die öffentliche Ordnung war längst zusammengebrochen. Die Kitzinger Bevölkerung holte sich aus den verlassenen Kasernen, Häusern und Wohnungen der NS-Verantwortlichen alles, was sie brauchen konnte. In Kinder- und Handwägen wurden die Sachen abtransportiert. Im Bahnhof Etwashausen wurden Züge mit Zuckerladungen geplündert. Am 12. Mai 1945 erließ Bürgermeister Wilke einen Aufruf, dass auf Anordnung der Militärregierung das Plündern verboten sei und jede Zuwiderhandlung mit härtesten Strafen geahndet werde.

Zug um Zug wurden von der Militärregierung neue Amtsträger eingesetzt. Solange sie nicht in der NSDAP waren oder gar die Referenz vorweisen konnten, als Kommunist Verfolgter gewesen zu sein, waren sie den Besatzern genehm. Ein von den Amerikanern eingesetzter Landrat entpuppte sich als Lei-

chenfledderer an Kameraden in Nordafrika – darüber erschien ein ausführlicher Bericht in einer der neuen Wochenrevuen –. An seinem Ausweis war just die Stelle verbrannt, an der vor dem Namen angeblich der akademische Grad eines Doktors stand. Der Stadtrat wurde zunächst zu einem fast beschlussunfähigen Gremium degradiert; wirksame Anordnungen gab es nur von seiten der Militärregierung.

Dass sich in einer Garnisonstadt schnell Zwielichtiges einfindet – trotz des Verbots eines Zuzugs ohne Genehmigung – ist nicht außergewöhnlich, zumal die „Amis“ die begehrten Waren für den Schwarzmarkt besaßen: Bohnenkaffee, Zigaretten, Nylonstrümpfe, Schokolade. „Amischicksen“ nannte die Bevölkerung die Mädchen, die häufig von der Militärpolizei „eingesammelt“ und in Jeeps zum Gesundheitsamt gebracht wurden. Häuser, Straßenzüge und kleine Stadtviertel wurden von den Besatzern „off limits“ gestellt; Zutritt war den US-Angehörigen verboten. Trotzdem wurden bei den häufigen Razzien immer wieder amerikanische Soldaten von der MP aus solchen Wohnungen geholt.

Der 8. Mai 1945 – Tag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht – ging in Kitzingen fast unbeachtet vorüber. Ein faktisches Ende des Dritten Reiches hatte hier ja schon der Einmarsch der Amerikaner gesetzt.

Die Folgen waren jedoch auch hier zu spüren. Die ersten Flüchtlinge vor der Roten Armee in den Ostgebieten kamen sporadisch schon 1944 in Kitzingen an. Weitere folgten aus Auffanglagern. Die großen Vertreibungen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches aufgrund der Potsdamer Abkommen hatten nach Kriegsende eingesetzt. Es sollte laut Premierminister Churchill eine Umsiedlung „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ werden. Doch sie forderte nach Schätzungen 2,4 Millionen Opfer. Einschließlich der Gefallenen starb statistisch jeder 5. Deutsche aus den Ostgebieten einen gewaltsamen Tod. Viele Züge mit Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach Kontingenten verschiedenen Ländern und Städten zugeteilt wurden, sowie mit Kriegsgefangenen kamen durch Kitzingen. Aus dem gesamten Landkreis wurden die

Fremdarbeiter in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Die Angehörigen der Sowjetunion versuchten dem zu entgehen, da sie wussten, dass ihnen Straflager bevorstand. Einer Familie aus einem Ortsteil Dettelbachs gelang es, einen jungen Weißrussen erfolgreich zu verborgen – er wanderte in die USA aus und kam als GI später zurück. Doch der jüngste Sohn der Familie erlitt ein Soldatenschicksal: er wurde in einem jugoslawischen Gefangenlager in Sarajevo an Weihnachten 1947 hingerichtet. Niemand weiß weshalb.

Als vor Jahren in Altenschönbach – am westlichen Rand des Steigerwalds gelegen – Spät-aussiedler, d.h. Russlanddeutsche, „Draußen vor der Tür“ (der Titel von Wolfgang Borcherts erschütterndem Nachkriegsdrama aus dem Jahre 1947) bleiben mussten, da die Gemeinde ihnen den Zuzug verwehrte, erinnerte ich mich an die Erzählungen meiner Verwandten. Sie wurden nach der Flucht aus Masuren in Enheim bei Bauern zwangseinsquartiert. Die Eheleute arbeiteten tagsüber bei ihren Bauern – evangelischen Glaubensbrüdern! –, bekamen abends kärgliches Essen und wurden in ihre Kammer geschickt. Dann begann im Haus das große Kochen und Braten! Das war leider kein Einzelfall, es waren eben ungebetene Gäste, die noch dazu einen fremden Dialekt sprachen. Ein Schicksal von vielen: Onkel Hermann kämpfte im Ersten Weltkrieg an der Ostfront und war einige Jahre im Ural in Kriegsgefangenschaft. Die Familie machte schon einmal 1914/15 die Flucht vor der einbrechenden russischen Armee mit und musste 1944/1945 wieder fliehen und den Hof zurücklassen. Landwirte können es nachempfinden, was es bedeutet, das Vieh unversorgt in den Ställen zu wissen. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Rückkehr in das verwüstete Land möglich, nach dem Zweiten nicht mehr. Zwei ihrer Söhne blieben in Stalingrad ...

„Regierungen gehen – die Verwaltung bleibt bestehen“ ist ein geflügeltes Wort unter Staatsrechtlern. Das hatte natürlich auch für Kitzingen seine Gültigkeit. Nur – die Aufgaben wurden immer umfangreicher und vielfach mit ungeübten – nicht NS belasteten Köpfen an der Spitze der Verwaltung nicht leichter. Mussten schon während des Krieges

Aufruf

Die Sicherung der Ernährung ist zur Zeit die dringendste Aufgabe. Sie ist der Ausgangspunkt aller Aufbauarbeit.

Der Zusammenbruch ist viel größer, als wir uns vorzustellen vermögen. Wenn nicht zahllose Menschen verhungern sollen, darf es in Deutschland keine müßige Hand geben. Alle müssen kräftig mit anpacken, auch bei ungewohnter Arbeit.

Die Unterbringung der Menschen macht große Schwierigkeiten. Seit her wohnten rund zwei Drittel der Bevölkerung in den Städten und nur ein Drittel auf dem Lande. Viele finden an ihren früheren Wohnplätzen keine Erwerbs- und Wohnmöglichkeit mehr; sie müssen auf dem Lande leben. Die Städter verstehen vielfach das Land nicht, umgekehrt versteht das Land die Städter nicht. Alle menschlichen Kräfte, alle guten Eigenschaften müssen aufgeboten werden, um durch ein besseres gegenseitiges Verstehen von Stadt und Land die Gegensätze auszugleichen. Sache der Ortsbürgermeister und Ortsgeistlichen muß es sein, mit viel Geduld und Menschenkenntnis auftretende Meinungsverschiedenheiten zu schlichten.

Wir wollen alle Kräfte anspannen, um aus dem Boden das Menschenmögliche herauszuholen. Der Bauer hat während des Krieges seine Pflicht getan, er kann es aber allein nicht schaffen. Jeder, der gesund und arbeitsfähig ist, muß bei der Bearbeitung der Hackfrüchte und der Bergung der kommenden Ernte mithelfen. Der auf dem Lande untergebrachte Städter darf sich der Pflicht zur Mitarbeit nicht entziehen.

Ich richte an alle Frauen und Männer den dringenden Appell, mit freudiger Hingabe mitzuarbeiten. Nur so können die Schwierigkeiten in der Ernährung überwunden und Zwangsmaßnahmen, die den Einzelnen hart treffen, vermieden werden.

Würzburg, den 15. Juni 1945.

Der Regierungspräsident

Dr. Adam Stegerwald

Reichs- und Staatsminister a. D.

die Evakuierten aus Düsseldorf und die Ausgebombten nach dem Luftangriff auf Kitzingen am 23. Februar 1945 versorgt werden, so kamen immer mehr Neubürger hinzu. Auch die Wohlfahrtsfürsorge hatte immense Aufgaben zu bewältigen. Es sind Schicksale über Schicksale archiviert, beispielsweise über Kriegsopfer und Kinder von Besatzungssoldaten. Beispielsweise wurde für Weihnachten 1946 von einer Kriegerwitwe ein Zuschuss von fünf Reichsmark beantragt für ein Paar Schuhe für das älteste ihrer Kinder, der genehmigt wurde.

Lange Schlangen Wartender standen nicht nur vor Lebensmittel- und Milchläden, um gegen Lebensmittelmarken die Zuteilung zu erhalten, sondern auch vor Ämtern, wie dem Wohnungsamt. Besitzer von Häusern und Wohnungen konnten sich gegen Zwangseinquartierungen nicht wehren, es sei denn, die vorgesehenen Untermieter litten an ansteckenden Krankheiten – wie der damals weit verbreiteten und unheilbaren Tuberkulose.

Es wurde das sogenannte „Lastenausgleichsgesetz“ erlassen mit unzähligen Novellen. Zur Durchführung wurden fehlende Katasterunterlagen aus den Ostgebieten nachvollzogen. Durch Befragung verschiedener Dorfbewohner und Vergleich der Angaben legten die Behörden die Eigentumsverhältnisse fest, nach denen der Ausgleich ermittelt wurde. Er konnte gewiss nicht für die verlorene Heimat entschädigen, allenfalls einen Neustart unterstützen. Es ist verständlich, dass die Eingesessenen den Neubürgern dies neideten – meinten sie doch, man könne leicht falsche Angaben machen.

Amtliche Bekanntmachungen der deutschen Behörden geschahen in Form von Wurfzetteln²⁾. Interessant ist die Nr. 1 des Bürgermeisters der Stadt Kitzingen vom 5. November 1945 mit folgenden Punkten:

Sirenenprobe – Sirenen wurden nun gebraucht für eilige Bekanntmachungen der Militärbehörde, die an den Amtstafeln zum Anschlag kamen;

Arbeitseinsatz zum Schutträumen: verheiratete Frauen brauchten beim Arbeitseinsatz nur 2 x 8 Stunden in der Woche zu arbeiten

und erhielten pro gereinigtem Ziegelstein beim „Steineklopfen“ 1 Reichspfennig; Ausgabe von Lebensmittelkarten; Wiederbelebung der Kitzinger Chorvereinigung; Instandsetzung von Schuhen für Versorgungsberechtigte; Umfärben von Wehrmachtsuniformen: alle ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht müssen sich im Rathaus melden; Diebstahl von verdorbenem Schweinefett in der Wasenmeisterei; Stellenausschreibung für einen Techniker zur Kartoffelkäferbekämpfung, Bedingung: Bauernsohn, nicht Parteimitglied, Besitzer eines Fahrrades.

Knapp 3 Monate später erschien Wurfzettel Nr. 16. Er enthielt die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen vom 27. Januar 1946: 10 Sitze für die CSU, 5 für die SPD und 0 für die KPD. Letztere war die einzige Partei, die einen großen Wahlkampf mit 450 Plakaten und 4.500 Handzetteln geführt hatte.

Es waren Männer der ersten Stunde, die sich im Stadtrat für die Belange der Bürger einsetzten. Franz Bach, eines der Gründungsmitglieder der CSU (und Vater unseres Heimatdichters Engelbert Bach), stellte am 5. Februar 1946 den Antrag, den Pflichttag zum Arbeitseinsatz der „HJ“ (Hitlerjugend) und des „BDM“ (Bund Deutscher Mädchen) – mit Bleistift ist über das Protokoll „ehemaligen“ geschrieben – mit sofortiger Wirksamkeit aufzuheben.

„Wir erklären immer wieder, dass die Jugend ab Jahrgang 1925 bis heute für die Vorkommnisse im 3. Reich nicht verantwortlich gemacht werden kann, da sie ja auf Grund erlassener Jugendgesetze nicht über freie Meinungsausübung verfügte. Die Auffassung teilte auch die Militärregierung wiederholt in Rundfunk und Presse. Somit geht es nicht an, dass die Jugend hier verantwortlich gemacht wird. Wir wollen eine freie demokratische Jugend aufbauen. Dazu gehört, dass wir sie vom Denken des Dritten Reiches vollständig frei machen. Auch die Freiwilligkeit des Schippens liegt auf dieser Linie. Dienst im Dritten Reich unter Androhung von Strafen, Schippen heute unter Drohung des Entzugs

von Lebensmittelkarten, sind zwei Dinge, die sich sehr ähneln. Es darf, wenn die Jugend gerufen wird, nicht mehr mit den Methoden des Dritten Reiches gearbeitet werden. Auch auf die Gefahr hin, dass sie sich nicht so stark freiwillig meldet. Die Jugend muss sich erst zurückfinden. Und dieser Prozess nimmt eine geraume Zeit in Anspruch.“

Im Ratsprotokoll heißt es weiter:

„Vom Ersten Bürgermeister und von allen Ratsherren fand dieser Antrag volle Anerkennung und Berechtigung, allerseits musste jedoch festgestellt werden, dass eine Durchführung dieser Maßnahme vorerst aussichtslos erscheint, da der Einsatz durch die Militärregierung verfügt ist. Man entschied sich, vorerst nichts zu unternehmen. Der Erste Bürgermeister und alle Ratsherren waren hiermit einverstanden.“

b) Entschließung: nicht veranlasst.“

In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, dass Arbeiter beim Leichenausgraben eine Schnapszuteilung erhalten sollten, ehemalige NSDAP-Mitglieder davon nicht ausgenommen.

Im März 1946 setzte der Stadtrat den von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeister kurzerhand ab, wogegen sich dieser natürlich heftig wehrte. Nach einigen Querelen erklärte Bürgermeister Ropertz endlich selbst seinen Rücktritt – sein Gehalt erhielt er allerdings bis zum Sommer weiter.

Im Frühjahr 1946 wurde für den Wiederaufbau gesammelt. Im Ratsprotokoll vom 31. Mai 1946 ist der Eingang der Spenden vermerkt:

Pfründe-Spital	4.122,— RM
Evangelische Kirche	4.600,— RM
Synagoge	3.000,— RM

Die Ratsprotokolle jener Jahre geben in der Tat ein anschauliches Bild von den Problemen, mit denen Bevölkerung und Behörden zu kämpfen hatten. Es handelte sich beispielsweise um Bezugsscheine für Kinderwagen (nur gegen Geburtsurkunde und eidesstattlicher Versicherung, dass der Antragsteller noch keinen besitze); gestohlene Fallschirm-

seide; verschwundene Holzpantoffel; die Konstituierung der Baugesellschaft, Gebührensatzungen; Errichtung eines Seuchenkrankenhauses (das als Holzbaracke im Garten des damaligen Krankenhauses an der Neuen Mainbrücke entstand); Rattenbekämpfung; Durchgangslager für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und DPs (displaced persons), die in der Florian-Geyer-Halle untergebracht wurden – d.h. sie lagen nebeneinander auf dem Boden, manchesmal durch aufgehängte Betttücher familienweise getrennt; Grundstücksangelegenheiten, insbesondere der Ankauf von Äckern für den Neuen Friedhof (der alte Friedhof am Rande der Innenstadt zwischen Falterturm und Bahnhofsviertel war mit Bombentrichtern übersät, die fast 700 Opfer des Luftangriffs vom 23. Februar 1945 wurden auf einem städtischen Acker in der Buchbrunner Straße bestattet, dort sollte ein neuer Friedhof entstehen); Genehmigungen zur Eröffnung von Geschäften und Unternehmen; Stellenbesetzung in der Verwaltung.

Einschneidend und von der Bevölkerung sehr gefürchtet war die sogenannte „Entnazifizierung“. Mittel zum Zweck war das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946, in amtlichen Betreffs kurz „Säuberungsgesetz“ genannt. Jeder Erwachsene musste einen Meldebogen ausfüllen und konnte nur bei Freispruch durch die Spruchkammer eine leitende Stellung wiedererhalten. Ernst von Salomon beschreibt diese Prozedur eindrucksvoll in seinem Roman „Der Fragebogen“ aus dem Jahre 1951. – Seitenweise waren die Namen der zur Spruchkammer Geladenen in den Wurfzetteln aufgelistet mit der Aufforderung, dass jeder Bürger, der zu einer dieser Personen etwas Belastendes vorzubringen habe, das schriftlich einreiche! Man versuchte, sich lediglich als „Mitläufer“ darzustellen, um gegebenenfalls unter die Weihnachtsamnestie zu fallen. Dass in diesem „Possentheater“ die „Richter“ aus der Bevölkerung ebenso NS-unbelastet sein mussten wie die öffentlichen Amtsträger, war wohl selbstverständlich. – Es erging ein Aufruf seitens des Stadtrats an die Spruchkammer, Lehrer vorweg zu behandeln, damit sie für den Schulbetrieb wieder eingestellt werden konnten.

„Nie wieder Krieg!“ riefen sich die Menschen auf den Straßen zu. „Nie wieder Krieg“ waren die ersten Graffiti auf Mauern und Pfeilern gesprengter Brücken, bis sie von der Parole „Ami go home“ abgelöst wurden. Es sollten noch viele Jahre vergehen, bis das Leben sich wieder normalisierte.

Dieses knappe Zeitbild möchte ich mit dem Erleben beschließen, das mich als Kind im achten Lebensjahr außerordentlich rührte. Wir hatten Sommer 1945 und als Behelfsquartier in der Wirtsstube des Gasthauses „Zum Walfisch“ in Etwashausen gewohnt. In

dieser schulfreien Zeit stand ich oft am Fenster und schaute hinaus. Vom Etwashäuser Bahnhof kamen sie die Schwarzacher Straße einzeln vorbeigelaufen, die ersten heimkehrenden Landser, mit schleppendem Schritt, müde, in abgewetzten Uniformen, abgemagert, die Schultern gebeugt, so als hätte jeder einzelne die ganze Last des langen Krieges getragen. Heute nicht mehr nachvollziehbar ist, wie einer dieser Soldaten nach einem achtlos auf dem Fenstersims liegenden alten Stückchen Brotrinde griff und es sich hastig zum Mund führte ...

ANHANG

Die Berichte der amerikanischen Militärregierung – OMGUS = Office of the Military Government of the United States – beginnen mit dem Kriegstagebuch 1945, danach erschienen sie unter verschiedenen Bezeichnungen wöchentlich, monatlich, vierteljährlich und jährlich. Die Berichte der Militärregierung Kitzingen (Office of the Military Government Landkreis Kitzingen) sind zum großen Teil erhalten und in München im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abteilung II, archiviert. Sie sind in Englisch verfasst und für Benutzer auf microfiches verfilmt³⁾.

Diese Berichte geben einen bewegten Eindruck vom Nachkriegsleben in Kitzingen und seinem Landkreis. Alle Aspekte des öffentlichen Lebens werden darin angesprochen. In erster Linie politische Fragen, Polizeiberichte, die Stimmung der Bevölkerung, Spruchkammerbescheide, Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, Lebensmittelversorgung oder Krankheitsfälle. – Beispielsweise wird im Berichtsraum September 1945 aufgeführt, dass es im Zuge der Repatriierung große Mühe bereitet, der Russen, die sich bislang der Rückführung in ihr Heimatland widersetzen, habhaft zu werden. 242 Perso-

nen fehlten zu diesem Zeitpunkt noch. – Das Amtsgericht Kitzingen wurde am 21. September 1945 offiziell eingesetzt. – Im Monat Dezember 1945 wird festgestellt, dass Banken und das Finanzamt reibungslos funktionieren.

Im Zuge der „Entnazifizierung“ war die Militärregierung bestrebt, die Demokratisierung in Deutschland durchzusetzen. Damit war der Neuaufbau von Parteiensstrukturen verbunden. In den Akten der Militärregierung lässt sich nachlesen, wie dieser Neubeginn vollzogen wurde. Die Auswahl der Auszüge aus den Berichten erfolgte im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt: die Anfänge der CSU Kitzingen. Diese war im Gegensatz zu den beiden in den ersten Wahlen ebenfalls konkurrierenden Parteien, – SPD und KPD, jeweils mit einer langen, während der NS-Zeit zwangsläufig unterbrochenen Tradition – eine Neugründung. Als erste hatten am 1. Dezember 1945 die Sozialdemokraten die Genehmigung erhalten, ihre Partei zu führen, wenig später am 17. Dezember 1945 die Kommunisten. Schließlich erhielt am 2. Januar 1946 die CSU eine Genehmigung zur Parteineugründung.

**Berichte der Militärregierung Kitzingen
(Office of the Military Government Landkreis Kitzingen)
Auszüge aus den Jahren 1945–1947**

Kriegstagebuch August 1945⁴⁾

Bewerbungen für den Beginn politischer Parteien werden in Betracht gezogen. Jedoch wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine gegründet.

Historischer Bericht 1.– 31. Oktober 1945⁵⁾

Bewerbungen für 3 politische Parteien sind eingegangen; namentlich für die Kommunistische, Sozialdemokratische und Freie Demokratische Partei.

Wöchentliche Zusammenfassung –

endend am 9. November 1945⁶⁾

Politik: Die Bevölkerung zeigt keine Ambitionen, politische Parteien zu organisieren. Ihre Haltung erscheint als abwartendes Beobachten.

Bericht über Politische Aktivitäten für die Woche – endend am 25. Dezember 1945⁷⁾

Zwei politischen Parteien wurde die vorläufige Genehmigung erteilt: der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei.

Historischer Bericht 1.– 31. Dezember 1945⁸⁾

Das Hauptinteresse der Kreis-Bewohner gilt nun den bevorstehenden Wahlen. Zwei politische Parteien haben eine vorläufige Genehmigung zur Betätigung erhalten, namentlich die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Sie waren ziemlich aktiv, aber ihre Mitgliederzahl hat sich nicht auf mehr als 15 Personen erhöht. Die Freie Demokratische Partei hat zwar ihre Bewerbung eingereicht, jedoch keine weiteren ergänzenden Schritte unternommen.

Bericht über Politische Aktivitäten für die Woche – endend am 10. Januar 1946⁹⁾

Parteien

Zahl und Charakter von öffentlichen Versammlungen, die genehmigt wurden, etc.

a. Christlich Soziale Union Kitzingen:

Eine Versammlung der Gründungsmitglieder für die Wahl zur Vorstandshaft.

Zahl der anwesenden Personen: 27

Ein Komitee wurde gewählt, die Versammlung präsidierte F. Bach. Ziel und Zweck der Partei wurden diskutiert, ebenso die bevorstehenden Wahlen und Nominierung der Kandidaten.

Geschätzte Zahl der Mitglieder: CSU 25 (Erste Aktivitäten der Gründungsmitglieder haben begonnen)

Beilage zum Bericht über Politische Aktivitäten – 10. Januar 1946¹⁰⁾

a. Christlich Soziale Union: Die Partei wurde am 2. Januar 1946 genehmigt.

Material, von den Parteien verteilt:

CSU keines

SPD keines

KPD 4.500 Handzettel

(Einladungen zu öffentlichen Versammlungen)

300 Plakate

(Einladungen zu öffentlichen Versammlungen)

150 Plakate

(Aufruf der Kommunistischen Partei)

Monatlicher Bericht über Politische Aktivitäten – 1. Februar 1946¹¹⁾

Genehmigte CSU-Versammlungen

	Anwesende Personen
13. Januar Kitzingen	500
25. " "	400
10. " Mainbernheim	60
13. " Dettelbach	200
19. " Stadtschwarzach	120
20. " Markbreit	200
20. " Mainstockheim	170
21. " Westheim	80

Monatlicher Bericht über Politische Aktivitäten – 1. April 1946¹²⁾

Parteien:

Zahl und Art der öffentlichen Versammlungen:
CSU – 3 öffentliche Versammlungen

Zahl der Teilnehmer: bei 2 Versammlungen jeweils 30 Personen, bei der dritten 100 Personen

Thema: „Die CSU heute“

Besondere Vorkommnisse: keine
1 Mitgliederversammlung

Geschätzte Zahl der Mitglieder:
CSU 134 Zuwachs 109

Überprüfung der monatlichen vereidigten Berichte über die Finanzen etc.

CSU Kassenbestand RM 930,70
Zuwachs RM 11,50

23 % und KPD 2 1/2 % errangen. Es ist fraglich, ob sich dieses Verhältnis in Zukunft wesentlich verändern wird. Die Aktivitäten bestanden aus öffentlichen Versammlungen, mit einer Teilnahme von zufriedenstellend bis unbefriedigend, das Anschlagen von Plakaten und Verteilen von Handzetteln ... Die Resonanz der Bevölkerung auf die Wahlen war nur gering ... Die KPD strebte öffentlich eine Fusion mit der SPD an, letztere lehnte jedoch ab ... Die SPD scheint sich am besten aufzubauen, aus ihren Berichten und dem allgemeinen Auftreten zu schließen. Es ist jedoch fraglich, ob sie die führende Partei werden wird. – Die CSU ist der Schmelztiegel für Leute, die noch immer unsicher und politisch unentschieden sind. Ihr Erfolg ist in großem Maße darauf zurückzuführen, dass die christliche Art des Denkens und soziales Engagement überbetont werden. Die Partei für Wirtschaftlichen Wiederaufbau (ERP) wurde noch nicht gegründet ... (hier Seitenende, die folgenden Seiten sind nicht archiviert).

Jährlicher Historischer Bericht

30. Juni 1946¹³⁾

Politische Angelegenheiten

In diesem Landkreis wurden drei politische Parteien offiziell zugelassen. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) mit einer augenblicklichen Gesamtmitgliederzahl von 329 Personen wurde am 1. Dezember 1945 genehmigt mit Ludwig Jäger, einem früheren Parteimitglied der SPD vor 1933, als 1. Vorsitzenden.

Die Kommunistische Partei (KPD) wurde am 17. Dezember 1945 aktiviert. Augenblickliche Mitgliederzahl beläuft sich auf 110 Personen. Diese Partei hatte zu Beginn Schwierigkeiten, 25 Gründungsmitglieder zu finden. Der Vorsitzende und die Vorschaft haben häufig gewechselt. Diese Partei erscheint in ihrem Management labil und es haben sich Schwierigkeiten bei der monatlichen Ablieferung des Berichtes über politische Aktivitäten ergeben.

Die Christlich Soziale Union (CSU) wurde am 2. Januar 1946 zugelassen. Augenblicklicher Mitgliederstand: 159.

Aufgrund der Tatsache, dass in diesem Landkreis die Bevölkerung sehr religiös ist, war es der CSU möglich, 73 % aller abgegebenen Stimmen zu erhalten, während SPD

Monatlicher Bericht über Politischen Aktivitäten – 30. Oktober 1946¹⁴⁾

1. Name und Art von politische Aktivitäten, die während der Berichtsperiode zugelassen wurden: keine

2. Daten der Gründungsmitglieder und führender Persönlichkeiten, Bewertungen:

a. SPD – keine Änderung

b. CSU – am 13. Okt. 1946 wählte die Partei folgenden Vorstand:

1. Vorsitzender der Kreispartei
Herr Schloer, Mainsondheim
 2. " Herr Wirbelauer, Kitzingen
 3. " Herr Schulz, Marktbreit
- Geschäftsführer
derselbe

4. Vorsitzender
Herr Vollhals, Kitzingen

Kassenwart
Herr Smolka, Großlangheim
Vertreter der Flüchtlinge
Herr Reczinek, Mainsondheim
Vertreter der Kriegsversehrten
Herr Mauderer, Marktbreit

Jugendvertreter

Herr Hock und Herr Deppisch,
Kitzingen

Vertreter für das Kulturkomitee:

Dr. Sacher, Marktbreit,
Mr. Gastroph, Pfarrer,
Buchbrunn,
Mr. Würtisch, Lehrer,
Seinsheim (noch CSU)

Vorstandsschaft des Stadtverbands:**1. Vorsitzender**

Döppert, Erster Bürgermeister

2. " Wirbelauer, Geschäftsinhaber**3. " Ambrosius Vollhals, Arbeiter****Kassenwart**

Alfred Maar, Weingroßhändler

Geschäftsführer

Anton Zimmermann,

Handlungsbereisender

Vertreter für die Kreispartei:

Dr. Adolf Gehrig,

Geschäftsmann,

Dr. Friedrich Amann,

Angestellter

Der Fragebogen des 1. Vorsitzenden, Karl Schloer, vorgeschlagen als 2. Vorsitzender der Spruchkammer, ist eingegangen. Er wird von diesem Büro nicht empfohlen. (Es folgt sein Lebenslauf, der wohl die Ablehnung auslöste). Im Falle der anderen gewählten Vorstandsmitglieder müssen die Entscheidungen der Spruchkammer noch abgewartet werden.

b. KPD – neuer Kassenwart

Zahl und Art von genehmigten öffentlichen Versammlungen:

CSU – 1 öffentliche Versammlung

Thema: Die Position des Arbeiters in Staat und Wirtschaft

Teilnahme: 60 Personen – keine besonderen Vorkommnisse

2 Mitgliederversammlungen – für die Neuwahl des Vorstands (s. Abschnitt 2 b, oben!)

5. Geschätzte Zahl der Mitglieder:

CSU 223 Mitglieder, keine Änderung

6. Kassenstand: CSU RM 658,59 – Minde rung um RM 85,70 wegen verschiedener Ausgaben

7. Geschätzte Anzahl von politischen Druck werken: CSU 50 Plakate

Vierteljährlicher Historischer Bericht

1. Okt. – 31. Dez. 1946¹⁵⁾

Zusammenkünfte der CSU

22 – für die Wahlen zur Verfassung und des Landtags am 1. Dezember 1946

Monatlicher Bericht über Politische Akti vitäten – 3. Februar 1947¹⁶⁾

CSU – keine Änderung

Vierteljährlicher Historischer Bericht

1. Jan. – 31. März 1947¹⁷⁾

CSU 226 Mitglieder

– Die Heimatvertriebenen geben der CSU den Vorzug

Vierteljährlicher Historischer Bericht

1. Juli 1947 – 30. Sept. 1947¹⁸⁾

CSU Kreisverband 212 Mitglieder am 1. Juli, 218 am 30. Sept.

Kreistagswahlen CSU 11258

Landtagswahl CSU 9313

Vierteljährlicher Historischer Bericht

1. Okt. 1947 – 31. Dez. 1947¹⁹⁾

CSU Stadt 60

Landkreis 235

Kreisverband:

1. Vorsitzender Wirbelauer, Walter

2. " Blank, Hans

Kassenwart Maar, Alfred

Stadtverband:

1. Vorsitzender Döppert, Konrad

2. " Wirbelauer, Walter

Kassenwart Maar, Alfred

Ein Ausblick auf den Berichtszeitraum bis März 1948 zeigt, dass die SPD nunmehr 218 Mitglieder in der Stadt sowie 939 im Landkreis aufweist, die KPD auf 126 Mitglieder angewachsen ist, die CSU gleich blieb und die FDP mit 20 Mitgliedern als neue Partei hinzukam.

Anmerkungen:

- 1) s. dazu die Erinnerungen der Autorin an Kriegs- und Nachkriegszeiten in Kitzingen:
„Zum Andenken an Deinen Bruder Hans – Eine fränkisch-ostpreußische Familie“, mit zahlr. Fotos und Dokumenten aus Privatbesitz und den Beständen des Stadtarchivs Kitzingen, Verlag Degener Neustadt a. d. Aisch, 1992
- 2) Abbildung: Aufruf des Regierungspräsidenten von Unterfranken vom 13. Juni 1945, Repro Stadtarchiv Kitzingen, s. Anm. ¹⁾
- 3) Übersetzungen von der Autorin
- 4) BayHSTA, OMGB CO 457/05
- 5) a.a.O. 10/082-3/06
- 6) a.a.O. CO 457/05
- 7) ibid.
- 8) a.a.O. 10/082-3/06
- 9) a.a.O. CO 457/05
- 10) ibid.
- 11) ibid.
- 12) ibid.
- 13) a.a.O. 10/082-3/06
- 14) ibid.
- 15) ibid.
- 16) a.a.O. CO 480/02
- 17) a.a.O. 10/082-3/06
- 18) ibid.
- 19) ibid.

Tourismusverband Franken

Ein Festkalender voller Überraschungen – Stadtgeburtstage, Genussaktionen und Kulturjubiläen in Franken

Events, Feste & Konzerte: In Franken ist immer was los – im Jahr 2005 trifft dies wieder ganz besonders zu. Gleich fünf Städte feiern Geburtstag oder besondere Jubiläen mit historischen Festen, in Hof beruht der „Schlappentag“, eines der ältesten Bierfeste Bayerns, auf einen Überfall vor 575 Jahren, im Spessart-Main-Odenwald gibt es seit 15 Jahren den Fränkischen Rotwein Wanderweg, Bad Alexandersbad und Wunsiedel ehren Königin Luise mit einem großen Festjahr und der „BR-Musikzauber Franken“ setzt 2005 bereits in der zehnten Auflage musikalische Highlights.

Tauberbischofsheim und sein Stadtjubiläum

Die Chronisten haben es Tauberbischofsheim nicht leicht gemacht, denn in ihren Auf-

zeichnungen haben sie kein exaktes Datum für die Ortsgründung hinterlassen. Doch anhand der gefundenen Spuren in den Archiven gibt es ausreichend Gründe, 2005 das Jubiläum „1250 Jahre Tauberbischofsheim“ zu feiern. Das vor allem als Fechthochburg bekannt gewordene Tauberbischofsheim hieß ursprünglich Bischofsheim. Der neue Name hat sich erst um das Jahr 1850 im Sprachgebrauch endgültig eingebürgert. Der romantische Urlaubsort im Lieblichen Taubertal begeistert heute mit seinem mittelalterlichen Stadtkern: fränkischen Fachwerkhäusern, herausragenden Bauwerken wie dem Kurmainzinischen Schloss, dem Franziskanerkloster, den nach den Stadtpatronen Bonifatius und Lioba benannten Kirchen und dem Türmerssturm, dem Wahrzeichen der Stadt.

Die herrliche Altstadt bildet auch die traumhafte Kulisse für einige Events des ganzjährigen